



metallforderung

DEMOKRATIE VERTEIDIGEN – RECHTSPOPULISTEN
UND -EXTREMISTEN ENTGEGENTRETEN

Für eine vielfältige und offene Gesellschaft

Die IG Metall steht für eine vielfältige und offene Gesellschaft, für Demokratie und Solidarität. Rechtspopulist*innen und Rechtsextremist*innen versuchen die Belegschaft zu spalten, indem sie Ressentiments schüren, Ängste befeuern und den demokratischen Frieden gefährden. Damit das nicht passiert, bedarf es gezielter Unterstützung durch die Politik – durch die Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen, mit gesetzlichen Rahmenbedingungen für Arbeitswelt und Berufsausbildung, durch eine Stärkung der politischen Bildung.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus und für Gleichstellung und Teilhabe ist eine Daueraufgabe – die koordiniert, nachhaltig gedacht und umgesetzt werden muss. Die NSU-Morde sowie die Anschläge in Kassel, Halle und Hanau zeigen, dass wir ein strukturelles Problem in Deutschland haben. Der von der Bundesregierung einberufene Kabinettsausschuss hat einen Katalog mit insgesamt 89 Einzelmaßnahmen



POSITIVE BETEILIGUNGSERFAHRUNGEN
IM ARBEITSLEBEN GEHEN MIT
EINER SIGNIFIKANT GERINGEREN
ABWERTUNGSBEREITSCHAFT EINHER.

LEIPZIGER AUTORITARISMUS-STUDIE 2020

zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus vorgestellt. Damit die vorgestellten Maßnahmen und unsere Forderungen umgesetzt werden, wird die IG Metall auch im Wahljahr mit Nachdruck sicht- und hörbar jeder Form von rechtem Denken, Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten, gegen Hass und Hetze – im Betrieb, auf der Straße, in der Gesellschaft.

Jeder dritte Mensch in Deutschland hat in den letzten zwei Jahren Diskriminierung erlebt.



Quelle: eigene Darstellung nach Antidiskriminierungsstelle des Bundes, 2020



Rechtspopulismus und Rechtsextremismus entgegentreten

Autoritäre und extremistische Einstellungen bleiben weiterhin eine Bedrohung für die offene, demokratische Gesellschaft. So die Erkenntnis der Leipziger Autoritarismus-Studie Ende 2020. Gleichzeitig gibt es aus betrieblicher Sicht eine wichtige Erkenntnis: Positive Beteiligungserfahrungen im Arbeitsleben gehen mit einer signifikant geringeren Abwertungsbereitschaft einher. Daher ist es umso wichtiger, Beteiligung im Betrieb zu fördern. Die Beschäftigten übertragen diese positiven Erfahrungen auf ihren Alltag. Demokratiebildung muss aber auch von staatlichen Institutionen gefördert werden. Dazu gehören insbesondere die Umsetzung des „Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetzes“ sowie die Stärkung des Programms „Demokratie leben“ für Erwachsene. Freie Träger, Vereine und Organisationen, die sich für die Stärkung der Demokratie einsetzen, brauchen eine dauerhafte, sichere und institutionelle Förderung.

Um das Vertrauen in staatliche Institutionen wiederherzustellen, müssen die rassistischen und antisemitischen Anschläge restlos aufgeklärt werden. Politische sowie institutionelle Konsequenzen, z. B. in den Sicherheitsbehörden, müssen zwingend daraus folgen. Da der Begriff „Rasse“ von vielen Betroffenen als problematisch und missverständlich empfunden wird und wissenschaftlicher Konsens darüber besteht, dass es keine menschlichen „Rassen“ gibt, darf das Grundgesetz nicht als Rechtfertigung für die Existenz verschiedener menschlicher „Rassen“

missbraucht werden. Daher muss der Begriff „Rasse“ im Grundgesetz und anderen Gesetzestexten adäquat ersetzt werden. Es ist wichtig, dass von Rassismus betroffene Gruppen und Institutionen in diese Beratungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen werden, um eine Form der politischen Teilhabe zu ermöglichen.

Ein wichtiger Beitrag der politischen Teilhabe ist ein kommunales Wahlrecht unabhängig von der Staatsangehörigkeit für alle dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Einwohner*innen. Außerdem muss das Gesetz zur Mehrstaatigkeit umfassend reformiert werden, damit die rechtliche Praxis die Lebenswirklichkeit nicht mehr länger ignoriert. Politische Beteiligung und Teilhabe sind ein Menschenrecht, das Einwanderer*innen nicht dauerhaft vorenthalten werden darf.

Um Menschen, die von Rassismus betroffen sind, zu schützen, brauchen wir flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstellen. Es bedarf darüber hinaus einer Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. Auf betrieblicher Ebene geht es dabei insbesondere um die Möglichkeit, die Befugnis zur Führung eines gerichtlichen Prozesses auf Dritte, z. B. eine*n Gewerkschaftsvertreter*in, zu übertragen (Prozessstandschaft), ebenso um die Einführung eines Verbandsklagerechts sowie die Stärkung von innerbetrieblichen Beschwerdestellen.



Die IG Metall fordert

- ▶ Aufklärung von und Konsequenzen bei rechten Anschlügen
- ▶ Ersetzung des Begriffs „Rasse“ im Grundgesetz
- ▶ Umsetzung des „Wehrhafte-Demokratie-Fördergesetzes“
- ▶ Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes
- ▶ flächendeckende Antidiskriminierungsberatungsstellen
- ▶ kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Einwohner*innen
- ▶ Gesetz zur Mehrstaatigkeit
- ▶ Ausbau von Beratungsstrukturen für Neuzuwander*innen
- ▶ unabhängige wissenschaftliche Studien zu den Themen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungsvorstellungen – auch für das Arbeitsleben

